



SPD-Fraktion im Stadtrat Bersenbrück

Bersenbrück, den 24. November 2021

Stadt Bersenbrück
Markt 6

49593 Bersenbrück

Bahnhof Bersenbrück; hier: baldiger Anbau von zwei Aufzügen an die vorhandene Fußgängerbrücke

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens und im Auftrag der SPD-Fraktion wird hiermit beantragt, im Stadtrat folgenden Beschluss herbeizuführen:

- 1. Die Stadt Bersenbrück lässt ihren zurückgestellten Antrag bei der Niedersächsischen Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) auf Bezuschussung für den seitens der Stadt vorgesehenen Bau der Aufzüge beim Bahnhof Bersenbrück wieder aufleben und reicht dazu die vollständigen Unterlagen ein.***
- 2. Im Falle der Bezuschussung baut die Stadt Bersenbrück alsbald zwei Aufzüge an die Fußgängerbrücke beim Bersenbrücker Bahnhof an.***
- 3. Für Planung, Bau und Unterhaltung der Aufzüge sind ab dem Haushaltsplan 2022 ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.***

Begründung:

Ziel ist die baldige Komplettierung der beim Bahnhof seit über zwölf Jahren vorhandenen Fußgängerbrücke durch die bislang fehlenden, aber unbedingt erforderlichen beiden Personenaufzüge bis zum Jahr 2023. Damit soll am Bersenbrücker Bahnhof endlich ein wirklich barrierefreier Übergang über die Gleise geschaffen werden.

Die geschätzten Baukosten (Stand Jahr 2017 = ca. 514.000 €) werden sich inzwischen weiter erhöht haben und bis zum Jahr 2023 wohl auf mindestens 600.000 € ansteigen. Zuschüsse seitens der LNVG werden in Höhe von 75 % erwartet, sodass die Stadt dafür einmalig netto mindestens 150.000 € aufzubringen hat. Daneben hat die Stadt die laufenden Betriebs- und sonstigen Folgekosten für die Aufzüge zu tragen, an denen sich die Samtgemeinde zu 50 % beteiligen will (Näheres siehe Beschluss des Samtgemeinderates Bersenbrück vom 30.09.2013). Dafür sind ab dem Haushaltsplan 2022 entsprechende Mittel einzuplanen.

Die CDU-Mehrheitsfraktion hat es seit dem Jahr 2013 wiederholt abgelehnt, die notwendigen Fahrstühle anzubauen und dafür jedes Mal andere Gründe angeführt. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die von der Ratsmehrheit ab 2014 beschlossenen Ersatzmaßnahmen wie Beschilderung und Verweisung auf Ruftaxis nicht zu einer zufrieden stellenden Ersatzlösung geführt. Auch deren mehrfache Versuche, einen anderen Bauträger (DB, Samtgemeinde, usw.) zu finden, haben sich erwartungsgemäß als vergeblich herausgestellt, was nur zum immer weiteren zeitlichen Hinausschieben der Realisierung der Maßnahme beitrug.

Nach alledem muss jetzt endlich gehandelt werden, indem der Bau der beiden Fahrstühle nun in Angriff genommen wird.

Im Rat bestand bislang im Grunde durchaus Einigkeit über die Notwendigkeit der Fahrstühle – lediglich die Übernahme der laufenden Unterhaltungskosten durch die Stadt wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Dieser Knoten sollte jetzt endlich durchgeschlagen werden.

Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage für den Rat zu fertigen und für den Punkt „Finanzielle Auswirkungen“ die aktualisierten Kosten zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Krusche
Beisitzender